

Hamburg die Pistole auf die Brust gesetzt

Cuxhaven will Hamburger Hafenschlick nicht vor der eigenen Haustür

Von Thomas Sassen

CUXHAVEN. Nach Auffassung von Ratsherrn Peter Altenburg von der Fraktion „Die Cuxhavener“ hätte das Protestschreiben noch viel deutlicher ausfallen sollen; am Ende einer kurzen Debatte trugen dann aber doch alle politischen Lager die Resolution gegen eine Verklappung von Hamburger Hafenschlick in der Elbmündung mit und bewiesen damit Einmütigkeit in dieser Frage.

Aufgefordert werden in der Resolution die Stadt Hamburg, aber auch die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und der Bund, sich Gedanken zu machen über eine langfristige Lösung für den in den Hamburger Häfen in

immer größeren Mengen anfallenden Schlick. Eine Gefahr für die



Gerne würde Hamburg weiter bei der Tonne E 3 zwischen Helgoland und der Elbemündung seinen Hafenschlick verklappen. Foto: Sassen

Cuxhavener Strände müsse auf jeden Fall ausgeschlossen werden. Für die Unterzeichner steht fest, dass weder die derzeitige Verklappung bei der Tonne E3 noch die von Hamburg ins Spiel gebrachte Alternative vor der Vogelinsel Scharhörn eine vertretbare Lösung ist. Stattdessen sollten sich alle Verantwortlichen an einen Tisch setzen und nach einer langfristigen Strategie für das Sedi-mentmanagement für den Hamburger Hafen suchen.

Einen - wenn auch sehr kostspieligen - Weg sehen die Mitglieder des Cuxhavener Rates in der Verbringung des großenteils kontaminierten Schlicks bis weit hinein in die Ausschließliche Wirt-

schaftszone in der Nordsee. Oberbürgermeister Uwe Santjer (SPD) hat in der Angelegenheit bereits mit Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher Kontakt aufgenommen und ihn zu einem Gespräch nach Cuxhaven eingeladen. Gleichzeitig habe er sich der Unterstützung des Landkreises und der Samtgemeinde Hadeln versichert.

Es müsse dringend eine Lösung gefunden werden, mit der die gesamte Küstenregion leben könne, begründete Uwe Santjer den Vorstoß in Form der gemeinsamen Resolution, die von CDU-Chef Thiemo Röhler in der Sitzung am Donnerstag vorgetragen worden war.